

Schweden

Rutger Lindahl

Die schwedischen Parlamentswahlen vom September 2006 führten zu einem Regierungswechsel in Stockholm. Die sozialdemokratische Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Göran Persson musste die Macht an eine Vierparteienkoalition abgeben, die sich aus der Gemäßigten Sammlungspartei, der Liberalen Volkspartei, der Zentrumsparlei und der Christdemokratischen Partei zusammensetzt. Diese vier Parteien hatten sich 2004 entschlossen, trotz divergierender Ansichten in verschiedenen Fragen als „Allianz für Schweden“ ein gemeinsames Programm vorzustellen, das ihnen 2006 hoffentlich einen Wahlsieg bescheren würde.¹

Das Wahlergebnis zeigte jedoch nur geringe Unterschiede zwischen den beiden Blöcken. Die Allianz für Schweden erreichte insgesamt 48,1% der Stimmen, die Sozialdemokraten und ihre Unterstützer aus der vergangenen Legislaturperiode, die Linkspartei und die Grünen, kamen auf 46,2%. Die Wahlbeteiligung betrug 80%. Innerhalb der Allianz für Schweden verzeichnete die Gemäßigte Sammlungspartei die größten Zugewinne (+10,9%) auf 26,1%. Die Zentrumsparlei steigerte ihren Anteil um 1,7% auf 7,9%, während die Liberalen um 5,9% auf 7,5% abstürzten und die Christdemokraten 2,6% verloren und 6,6% der Wählerstimmen erreichten. Die Gemäßigte Sammlungspartei und die Zentrumsparlei erhielten Zulauf aus dem Lager der Liberalen und der Christdemokraten. Die Sozialdemokratische Partei ist mit 35,2% (-4,8%) immer noch stärkste Partei. Die Linkspartei verlor 2,6% und erreichte 5,8%, die Grünen steigerten sich um 0,6% auf 5,2%. Die anderen Parteien, darunter die Schwedendemokraten, die Feministische Initiative und die Juni-Liste, steigerten ihren Anteil von 3,1% (2003) auf 5,7%.

Am 18. September 2006 erklärte Ministerpräsident Göran Persson seinen Rücktritt. Einen Tag später wurde Fredrik Reinfeldt, der Vorsitzende der Gemäßigten Sammlungspartei, mit der Regierungsbildung beauftragt. Seine Vierparteienkoalition erhielt am 5. Oktober das Vertrauen des Riksdag.

Eine neue Regierung – eine neue politische Agenda

EU-Themen standen bei keiner der politischen Parteien während des Wahlkampfes im Vordergrund, so dass die Wähler wieder einmal keine Möglichkeit hatten zu überprüfen, wie die Parteien sich bei EU-Themen in einem breiten schwedisch-europäischen politischen Kontext positionierten. Ein wichtiger Grund für diese Haltung ist, dass die Parteien sich darüber im Klaren sind, dass sich in ihrer traditionellen Wählerschaft gewichtige Minderheiten befinden, die nicht die offizielle Parteilinie zur schwedischen EU-Mitgliedschaft unterstützen. EU-freundliche Parteien betrachten EU-Themen nicht als „Zugpferd“ bei Wahlen und auch EU-kritische Parteien zögerten, sich darauf zu konzentrieren.

Übersetzt aus dem Englischen von Gudrun Staedel-Schneider.

1 Bohlin, Niklas/Aylott, Nicholas: The Swedish Parliamentary Election of September 2006, Sussex 2006, EPERN Election Briefing Series No 30; www.answers.com/topic/swedish-general-election-2006.

Die EU-kritische Minderheit innerhalb der EU-freundlichen Parteien (Gemäßigte Sammlungspartei, Liberale, Zentrumspar­tei, Christdemokraten und Sozialdemokraten) macht ca. 15-20% aus. Bei den offiziell EU-feindlichen Parteien (Linkspartei und Grüne) gibt es ca. 10-20%, die nicht der offiziellen Parteilinie, die einen Austritt Schwedens aus der EU fordert, folgen. Aus diesem Grund sind die Führungen aller großen politischen Parteien eher vorsichtig, wenn es zu EU-Fragen kommt.

In seiner Regierungserklärung vor dem Parlament machte Ministerpräsident Reinfeldt jedoch sehr deutlich, dass die neue Regierung auch bei EU-Themen „einen Gang höher schalten“ wolle. Schweden solle eine aktive und treibende Kraft innerhalb der Union werden und solle auch zu den Kernstaaten der EU gehören.² EU-Themen werden in Zukunft in der schwedischen Politik eine größere Rolle als bisher spielen.³

Um diesem ambitionierten Programm mehr Nachdruck zu geben, wurde im Kabinett der Posten eines Ministers für EU-Angelegenheiten geschaffen und mit Cecilia Malmström (Liberale, Mitglied des Europäischen Parlamentes) besetzt. Auch die Ernennung des früheren Ministerpräsidenten Carl Bildt (Gemäßigte Sammlungspartei) zum Außenminister könnte als Zeichen einer sichtbareren und aktiveren schwedischen EU-Politik gewertet werden, nicht zuletzt in den Bereichen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).

Das Ziel eines besseren Profils in EU-Fragen hat sowohl nationale wie auch internationale Aspekte. Auf nationaler Ebene hat die Regierungserklärung großes Medienecho gefunden und wurde von Kommentatoren aus Politik- und Wirtschaftsredaktionen aufgegriffen. Die Ministerin für EU-Angelegenheiten hat mit häufigen Reisen durch das Land das öffentliche Interesse auf regionaler und lokaler Ebene gesteigert.⁴ Auch dies zog wieder ein Echo in den Medien nach sich. Auf der EU-Ebene soll auf diese Weise der Grad an Aktivität gesteigert und Schwedens Wille, als ambitionierter, konstruktiver und verlässlicher Partner angesehen zu werden, demonstriert werden.

Die Erfolgsaussichten dafür sind gründlich untersucht worden.⁵ Laut Analysen, die auf zahlreichen Interviews von 2003 und 2006 basieren, gehört Schweden zu den „Top 5“ der EU-Mitgliedstaaten, wenn man die Berichte über Kontakte der Mitglieder in Kommissionen und Arbeitsgruppen, die zum Ratsapparat gehören, zugrunde legt.

Die vorherige, sozialdemokratische Regierung wurde von der Opposition immer wieder mit dem Argument angegriffen, sie zeige zu wenig Profil in der Europapolitik. Obwohl der frühere Ministerpräsident Göran Persson als Fürsprecher der schwedischen EU-Mitgliedschaft galt, musste er doch berücksichtigen, dass er in seiner Partei nur von einem Drittel derer unterstützt wurde, die für seine Partei gestimmt hatten. Es war deutlich, dass er dem Zusammenhalt seiner Partei den Vorzug gab und dass er deshalb die politischen Themen der EU in der nationalen Debatte herunterspielen musste. Sofort nach der Niederlage bei den Parlamentswahlen erklärte er, dass er als Parteivorsitzender zurücktreten würde, was eine intensive Nachfolgedebatte auslöste.

Zu den aussichtsreichsten Kandidaten gehörte die derzeitige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Margot Wallström, die jedoch frühzeitig erklärte, dass sie nicht

2 Svenska Dagbladet, 23.11.2006, S. 2.

3 Regierungserklärung vom 06.10.2006, www.regeringen.se/sb/d/6316/a/71551.

4 Göteborgs-Posten, 13.12.2006, S. 58.

5 Naurin, Daniel/Lindahl, Rutger: Network Capital and Cooperation Patterns in the Working Groups of the Council of the EU, Göteborg 2007, Working Paper 07/01, www.cergu.gu.se.

kandidieren wolle. Schließlich wurde Mona Sahlin, die bereits als Generalsekretärin der Sozialdemokratischen Partei und als Ministerin in verschiedenen Regierungen Erfahrung sammeln konnte, gewählt.

In ihrer ersten Rede vor dem Parteitag deutete sie die künftige Entwicklung ihrer Partei an: „Die EU ist unsere beste Chance, gegen Krieg und Unterdrückung zu arbeiten, für Frieden und die Umwelt.“ Ihrer Meinung nach müsse sich Schweden in Zukunft stärker in der Europäischen Union engagieren, um die europäische Agenda offensiver mit gestalten zu können. Auf diesem Parteitag wurden Margot Wallström und der frühere Außenminister Jan Eliasson in eine spezielle Planungskommission gewählt. Diese soll die Partei auf die Europawahlen 2009 vorbereiten. Zu ihren Aufgaben zählen die Weiterentwicklung des politischen Programms in der Außen- und Europapolitik sowie die Stärkung ihres organisatorischen Zusammenhalts.

Die neue sozialdemokratische Führung erklärte außerdem, dass sie Schwierigkeiten für eine weitere enge Zusammenarbeit mit den Linken und den Grünen sehe, sollten diese nicht ihre Forderung nach einem Austritt Schwedens aus der EU aufgeben. Alle drei Parteien wissen jedoch, dass die Sozialdemokraten bei den nächsten Wahlen die Unterstützung zumindest einer der anderen Oppositionsparteien benötigt, um der Öffentlichkeit eine glaubwürdige Regierungsalternative bieten zu können. Diese Rolle können am ehesten die Grünen übernehmen, da die Parteiführung in mehreren Erklärungen, vor allem während des Parteitages im Frühling 2007 angedeutet hatte, mit den Sozialdemokraten zusammenarbeiten und Kabinettposten übernehmen zu wollen. Für dieses Ziel wurde der Widerstand gegen die schwedische EU-Mitgliedschaft heruntergespielt. Aber auch der Vorsitzende der Linkspartei hatte durchblicken lassen, dass ein schwedischer EU-Austritt in Zukunft keine Priorität mehr haben wird. Damit wurden Dreiparteiengespräche im Frühjahr 2007 möglich, die zur Bildung einer wie immer gearteten Allianz für die nächsten Parlamentswahlen 2010 führen können.⁶

Die nationale Debatte

Wegen der Parlamentswahlen 2006 und des daraus resultierenden Regierungswechsels konnte sich die öffentliche Debatte über die EU nicht wie erwartet entwickeln. Die neue Regierung entschied frühzeitig, der „Kommission für die EU-Debatte“ die Subventionen zu streichen, mit dem Argument, dass deren Arbeit nicht als eine offiziell organisierte Aktivität betrachtet werden sollte. Die öffentliche Debatte über die EU solle stattdessen überwiegend den politischen Parteien, Interessengruppen und Massenmedien vorbehalten bleiben. Das volle Ausmaß dieser Entscheidung zeichnet sich noch nicht ab, aber viele lokale oder regionale in EU-Fragen engagierte Gruppen, die von dieser Kommission unterstützt werden, dürften vermutlich Schwierigkeiten haben, anderswo Fördertöpfe aufzutun.

Der Vertrag über eine Verfassung für Europa wird auch weiterhin in eher kleinen Kreisen der politischen Elite diskutiert. Diese Debatte beschränkt sich überwiegend auf institutionelle Themen und Fragen zu Demokratie, Repräsentation und Rechtsfragen, während die Öffentlichkeit letzten Untersuchungen zufolge eher Themen des alltäglichen Lebens wie Lebensmittelpreise, Landwirtschaft, Umweltschutz, erfolgreiche Bekämpfung des organisierten Verbrechens und Aufrechterhaltung von Stabilität und Frieden den Vorzug geben würde. Die vom Europäischen Rat verordnete „Denkpause“ dauert an und

6 Sydsvenskan, 04.05.2007, S. 6.

hat bisher keine berichtenswerte Diskussion über die Zukunft des Verfassungsvertrags aufkommen lassen. Die Regierung hat sich für eine langsame Gangart entschieden, sie hat aber auch erklärt, dass am Ergebnis der deutschen EU-Präsidentschaft sowenig Änderungen wie möglich vorgenommen werden sollten. Symbolische Elemente wie Flagge und EU-Hymne sollten jedoch außen vor gelassen werden. Es wurde auch vorgeschlagen, dass, wenn der Vertragsentwurf neu verhandelt werden sollte, die nationalen Parlamente eine prominentere Rolle spielen sollten. Der schwedische Riksdag ist immer noch geneigt, über den Verfassungsvertrag abzustimmen, ohne die Wähler in einem Referendum zu befragen, aber eine endgültige Entscheidung darüber hängt von zukünftigen Entscheidungen über neue Verhandlungen ab.

Der Beschluss von Rat und Europaparlament über Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien (REACH) vom Dezember 2006 wurde im Riksdag und von den meisten Schweden begrüßt. Die Verhandlungen darüber wurden in den schwedischen Medien intensiv begleitet. Nur bei sehr wenigen früheren Gelegenheiten richtete sich das öffentliche Interesse derart auf die EU und führte zu einer solch positiven Bewertung der EU-Aktivitäten. In diesem Zusammenhang sollte auch vermerkt werden, dass einer der Faktoren, der in Schweden zu einer positiveren Haltung gegenüber der Europäischen Union führt, die zunehmende Würdigung der Gesetzgebung im Bereich des Umweltschutzes ist. Der Umweltschutz ist im letzten Jahr zu einem wichtigen Thema der schwedischen Politik geworden und eine positive Verbindung zur Europäischen Union ist wichtig für die allgemeine Haltung der schwedischen Öffentlichkeit zur Mitgliedschaft in der EU. Sowohl Regierung als auch Opposition widmen sich verstärkt der Vernetzung der Fragen bezüglich Umweltschutz, Klimawandel und Energie und der Notwendigkeit nachhaltiger Entwicklung auf nationaler wie EU-Ebene.

Die zukünftige Erweiterung der Europäischen Union

Schweden hat die Erweiterung der Europäischen Union immer sehr unterstützt, wie sich aus den Ergebnissen des Eurobarometers ebenso ablesen lässt wie aus den nationalen Meinungsumfragen.⁷ Der Zusammenhang mit der liberalen Tradition in der Einwanderungs- und Asylpolitik ist deutlich. In den Debatten über zukünftige Erweiterungsrounden konzentrierte man sich zunächst auf die Beitrittsmöglichkeiten der Türkei. Bekanntermaßen ist die Unterstützung in der EU-27 für weitere Erweiterungsrounden gesunken, und auch in Schweden haben sich bemerkenswerte Entwicklungen ergeben.

Dem letzten Eurobarometer zufolge waren die Schweden immer noch die größten Optimisten, wenn sie die Frage nach „der Türkei als zukünftiges Mitglied der EU“ beantworteten. In den nationalen Umfragen zeigt sich jedoch, dass die Unterstützung geringer wird, wenn direkter danach gefragt wird.⁸ Ein Einfluss der aktuellen Debatten über Einwanderung und über eine türkische Mitgliedschaft in Deutschland, Frankreich und vielen anderen EU-Mitgliedstaaten ist nicht von der Hand zu weisen. Um die Parteien und Gruppierungen am äußersten rechten Rand der schwedischen Politik davon abzuhalten, die Debatte über künftige Erweiterungsrounden wie auch über die Einwanderungs- und Asylpolitik zu dominieren, werden sich alle anderen Parteien und Interessengruppen aktiver an der öffent-

7 Eurobarometer No. 66.

8 Holmberg, Sören/Lindahl, Rutger: Positiva Opinionsvindar för EU (Positive Meinungsumfrage für die EU), www.sieps.se/sem/2007/sem_0425/Positiv_Opinion.pdf.

lichen Meinungsbildung darüber beteiligen. Regierung und Opposition halten an der bisher demonstrierten liberalen Politik fest, aber der Wandel in der öffentlichen Meinung könnte zunehmend wichtiger werden, sollte die Debatte über künftige Erweiterungsrunden zu einer offenen Kontroverse in der Europäischen Union führen.

Trends in der öffentlichen Meinung

Einige Themen auf der aktuellen EU-Agenda finden sich auch in aktuellen Trends der schwedischen öffentlichen Meinung. Es muss jedoch festgehalten werden, dass die allgemeine Haltung zur schwedischen EU-Mitgliedschaft sich in eine EU-positive Richtung bewegt.⁹ In allen Meinungsumfragen findet sich dieser Trend wieder, möglicherweise ein Ergebnis eines langsamen Sozialisierungsprozesses, aber auch der veränderten Bewertung dessen, was die EU-Mitgliedschaft für die schwedischen Bürger bedeutet. Die schwedische Öffentlichkeit hat über die Jahre hinweg ihre Fähigkeit verbessert, ihre Haltungen zwischen den Politikfeldern zu differenzieren und positive oder negative Aussagen zu machen, die vom simplen „Ja oder Nein zur EU“-Muster abweichen. Unter den Befürwortern der EU-Mitgliedschaft zeichnet sich beispielsweise die Tendenz ab, die Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft in den Bereichen der Gemeinsamen Agrarpolitik oder der Einwanderungs- und Asylpolitik als überwiegend negativ zu bewerten. Bei den Gegnern der schwedischen EU-Mitgliedschaft werden hingegen die Bereiche höhere Bildung, Umweltschutz, Forschung und Entwicklung sowie Wettbewerbsvorteile für die schwedische Industrie positiv eingeschätzt.

Der Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) war früher in Schweden besonders umstritten. In den letzten zehn Jahren hat sich Schwedens Einbindung in diese Politikbereiche sprunghaft entwickelt, ohne dass die Öffentlichkeit viel darüber diskutiert hätte. Für die verantwortlichen Politiker ist es vermutlich eine Erleichterung zu sehen, dass die Öffentlichkeit sie in einem Maße unterstützt, das angesichts der schwedischen Geschichte überrascht. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs unterstützte die schwedische Öffentlichkeit die militärische Blockfreiheit in Friedenszeiten und die Neutralität in Kriegszeiten. Für eine Mitgliedschaft in der NATO sprechen sich nur ca. 20% der Schweden aus, für eine schwedische Beteiligung an GASP und ESVP votieren nach dem Jahresbericht 2006 des SOM-Instituts 40%. Ein Bericht, den das Staatliche Amt für psychologische Landesverteidigung in Auftrag gegeben hatte, kam zu ähnlichen Ergebnissen.

In diesem Zusammenhang fällt auf, dass Schweden für einen der neuen EU-Gefechtsverbände die Verantwortung übernommen hat (mit Unterstützung von Finnland, Norwegen und Estland). Dies löste eine Debatte aus über eine mögliche „Militarisierung“ der Europäischen Union, wie sie immer wieder von Europakritikern ins Feld geführt wird. Diese fand allerdings nur wenig Medienecho. Eine übliche schwedische Reaktion auf diese Entwicklung scheint die Involvierung in internationale Missionen zur Friedenssicherung und zur Friedenserzwingung mit UN-Mandat zu sein. EU-Missionen werden oftmals als gleichartig eingeschätzt: als Missionen, die das gleiche Ziel haben, nämlich Konfliktprävention und Friedenssicherung. Sie werden als konkreter und sinnvoller Einsatz militärischer Ressourcen sowohl in Europa wie auch außerhalb des Kontinents betrachtet. Solche Aktivitä-

⁹ Holmberg, Sören/Lindahl, Rutger: Positiva Opinionsvindrar för EU (Positive Meinungsumfrage für die EU), www.sieps.se/sem/2007/sem_0425/Positiv_Opinion.pdf.

ten erhalten viel Unterstützung, die aber schwindet, wenn die traditionellere „gemeinsame Verteidigung“, also die territoriale Verteidigung, ins Zentrum rückt.

Damit geht eine starke Unterstützung für die EU als „Gegengewicht“ zu den USA in den internationalen Beziehungen und in der Weltwirtschaft einher. Laut den Jahresberichten 2003 und 2006 des SOM-Instituts lag die Unterstützung bei 46% bzw. 43%. In beiden Fällen gab es große Sympathien für die EU in allen Altersgruppen wie auch unter den Anhängern aller politischen Parteien.

Die Regierung hat bereits mit ihren Vorbereitungen für die EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2009 begonnen, was voraussichtlich zu einer größeren Präsenz von EU-Themen auf der politischen Agenda Stockholms führen wird. Wie bereits erwähnt, wird die frühere politische Konfrontation zwischen Befürwortern und Gegnern der schwedischen EU-Mitgliedschaft in den Hintergrund rücken, während die öffentliche Meinung über die EU in den letzten Jahren immer positiver geworden ist. Es bleibt zu hoffen, dass sich daraus eine breitere und intensivere Debatte über die grundlegenden Fragen des europäischen Integrationsprozesses ergeben wird.

Weiterführende Literatur

Andersson, Jan Joel: *Armed and Ready? The EU Battlegroup Concept and the Nordic Battlegroup*, Stockholm 2006, SIEPS Report 2.

The Swedish Reform Programme for Growth and Jobs 2006 to 2008, www.sweden.gov.se/sb/d/574/action/browse/c/y2006/c/284/c/107.

Jonung, Lars/Vlachos, Jonas: *The Euro – What’s in it for me? An Economic Analysis of the Swedish Euro Referendum 2003*, Stockholm 2007, SIEPS Report 2.

Turkey, Sweden and the European Union. *Experiences and Expectations*, Stockholm 2006, SIEPS Conference Report.